



Sparen ist eine Frage des Timings

Schuldenkrise. Die EU-Kommission hat einigen Ländern in der Europäischen Union mehr Zeit für ihren Sparkurs gegeben. Das hat nichts mit politischer Mausehelei zu tun, sondern ist gegenwärtig ökonomisch geboten. Denn zur falschen Zeit zu stark zu sparen schadet mehr, als es nutzt – davon können die Krisenländer ein Lied singen.

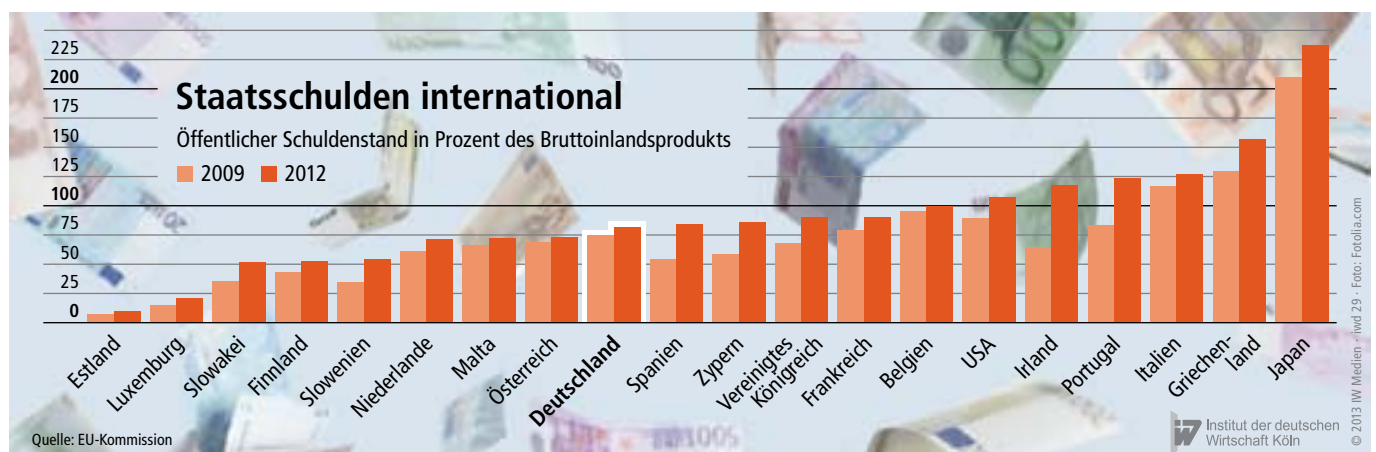
Was Brüssel für Griechenland schon im vergangenen Oktober beschlossen hat – mehr Zeit die Neuverschuldung unter die erlaubte Marke von 3 Prozent der Wirtschaftsleistung zu drücken –, gilt jetzt auch für Belgien, Frankreich, die Niederlande, Portugal, Slowenien und Spanien. Da kommt schnell der Verdacht auf, der gerade erst

verschärfte Stabilitäts- und Wachstumspakt sei das Papier nicht wert, auf dem er geschrieben ist. Doch dieser Eindruck täuscht.

Regeln eingehalten. Der Euro-Stabilitätspakt erlaubt es durchaus, Fristen zu verlängern. Allerdings nur dann, wenn „unerwartete nachteilige wirtschaftliche Ereignisse mit sehr ungünstigen Wirkungen“ für die

Staatsfinanzen eingetreten sind und die Staaten zugleich „wirksame“ Sparmaßnahmen ergriffen haben.

Die erste Bedingung ist zweifellos erfüllt. Denn als die Kommission die Fristen – für die meisten Staaten im Jahr 2009 – gesetzt hat, erholte sich Europa gerade von der Finanzkrise. Dann aber rutschten vor allem Griechenland und Portugal, aber auch viele andere Staaten erneut in eine Rezession. In Frankreich wuchs die Wirtschaft zuletzt deutlich langsamer als noch 2009 erwartet. Weil dadurch Steuereinnahmen wegbrachen und die Staatsausgaben →



Inhalt

Ägypten. Mehr Demokratie und ein besseres Leben? Nach nur einem Jahr haben die Ägypter Präsident Mursi aus dem Amt gejagt.
Seite 3

Hochschulpakt. Er schafft zusätzliche Studienplätze. Das ist bei geburtenstarken und doppelten Abiturjahrgängen auch bitter nötig.
Seite 4-5

Unternehmenssteuern. Bundestagswahl 2013: Die Opposition plant Steuererhöhungen, die vor allem die Unternehmen treffen.
Seite 6

Corporate Social Responsibility. Deutsche Immobilienunternehmen handeln sehr verantwortungsvoll und nachhaltig. Aber es geht noch besser.
Seite 7

Mitarbeitersuche. Viele internationale Facharbeiter zieht es nach Deutschland – auch weil die Firmen sie hier herzlich willkommen heißen.
Seite 8

Institut der deutschen Wirtschaft Köln
Präsident:
Arndt Günter Kirchhoff
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen in Deutschland

→ stiegen, sind die Defizitziele nicht mehr fristgerecht zu erreichen – es sei denn, der Sparkurs würde drastisch verschärft.

Konsolidierung mit Augenmaß. Was passiert, wenn die Sparschraube zu stark angezogen wird, zeigt das Beispiel Griechenland. Dort ist es zu einem Teufelskreis aus Rezession und immer weiter sinkenden Staatseinnahmen gekommen, die man mit weiterem Sparen ausgleichen wollte.

Selbstverständlich müssen die Schuldenstaaten weiter sparen – allerdings mit dem richtigen Timing. In einer unerwarteten Rezession zusätzlich auf die Ausgabenbremse zu treten und die Konjunktur noch weiter abzuwürgen ist kontraproduktiv. Gleichwohl muss das strukturelle – also um konjunkturelle Einflüsse

bereinigte – Defizit weiter abgebaut werden. Das haben fast alle Länder geschafft (Grafik):

Bis auf Zypern haben die Krisenstaaten ihre strukturellen Defizite seit 2009 deutlich gesenkt.

Griechenland zum Beispiel hat sein Minus von 15 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Jahr 2009 auf 1 Prozent im vergangenen Jahr gedrückt – das ist Europarekord. Dahinter stecken massive Einsparungen: Der griechische Staat hat seine Primärausgaben – das sind die Ausgaben ohne Zinszahlungen – seit 2009 um rund 29 Prozent gesenkt; Portugal kommt auf 13 Prozent, Spanien auf 10 Prozent. Wollte Deutschland allein nur die spanische Quote erreichen, müsste es mehr als 100 Milliarden Euro einsparen – das

wäre fast die Hälfte aller Personalausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden.

Um ihre Einsparungen zu realisieren, mussten die Krisenländer ihren Bürgern einiges abverlangen. Überall sind die Gehälter im öffentlichen Dienst gekürzt, Arbeitszeiten verlängert und Zuschläge wie das Weihnachts- oder Urlaubsgeld gestrichen worden. Hinzu kommen Kürzungen bei den Renten und teils auch beim Arbeitslosengeld sowie ein höheres Renteneintrittsalter.

Höhere Steuereinnahmen. Auch auf der Einnahmenseite haben viele Staaten trotz Rezession einiges erreicht. So ist die Mehrwertsteuer angehoben worden, es gibt höhere Einkommenssteuern für Wohlhabende, Sonderabgaben auf Vermögen und Immobilien sowie Luxussteuern auf Yachten, Privatflugzeuge und große Autos.

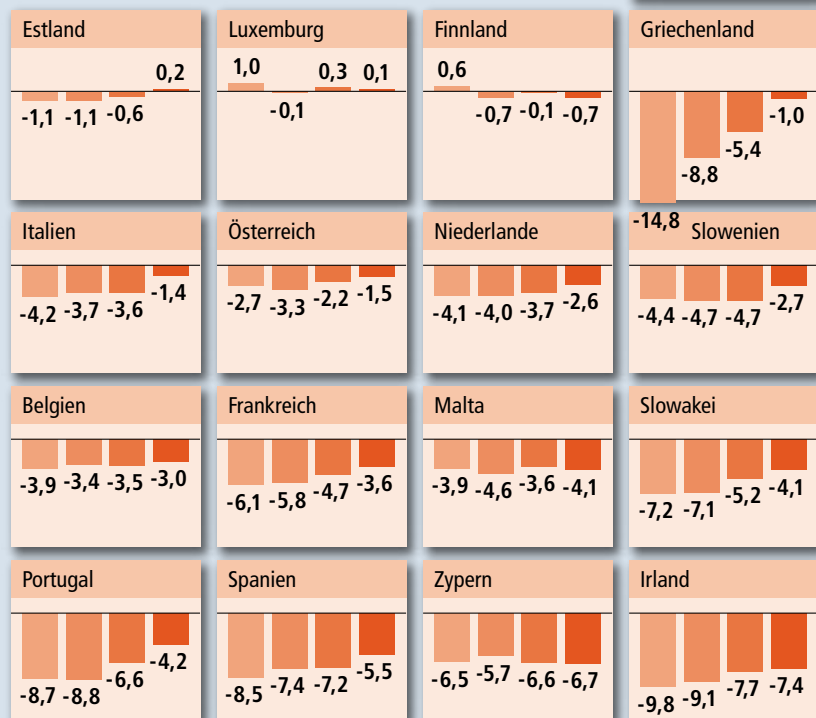
Und last, but not least: Zwar zeigt die Finanzwelt derzeit gerne mit dem Finger auf die Schuldenstaaten in Europa – tatsächlich aber steht der Euroraum mit einer Schuldenquote von knapp 93 Prozent des BIP immer noch besser da als beispielsweise die USA mit 108 Prozent. Ganz zu schweigen von Japan, das sogar mit fast 240 Prozent seiner Wirtschaftsleistung in der Kreide steht (Grafik Seite 1).

Zudem sind die Euroländer in Sachen Haushaltskonsolidierung deutlich weiter vorangekommen als die Nicht-Eurostaaten. Nach Angaben der OECD – die anders rechnet als die EU-Kommission – betrug das strukturelle Haushaltsdefizit 2012 in Japan noch 9,5 Prozent, in den USA 7,4 Prozent und im Vereinigten Königreich 5,5 Prozent des BIP – die Eurozone aber kam nur auf 2,3 Prozent und selbst Griechenland schnitt mit 3,7 Prozent besser ab.

Eurozone: Konsolidierung kommt voran

Struktureller – d. h. um Konjunktureinflüsse bereinigter – Haushaltssaldo in Prozent des Bruttoinlandsprodukts

■ 2009 ■ 2010 ■ 2011 ■ 2012



Haushaltssaldo: ohne Sondereffekte wie jene Finanzhilfen für Banken aus dem Euro-Rettungsfonds, die die Staatsschulden erhöhen; Quelle: EU-Kommission

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien · iwd 29

Das zerrissene Land

Ägypten. Nach nur einem Jahr haben die Ägypter ihre erste frei gewählte Regierung aus dem Amt demonstriert. Zwar hatte ihnen Präsident Mursi ein besseres Leben und mehr Demokratie versprochen, gehalten aber hat er weder das eine noch das andere.

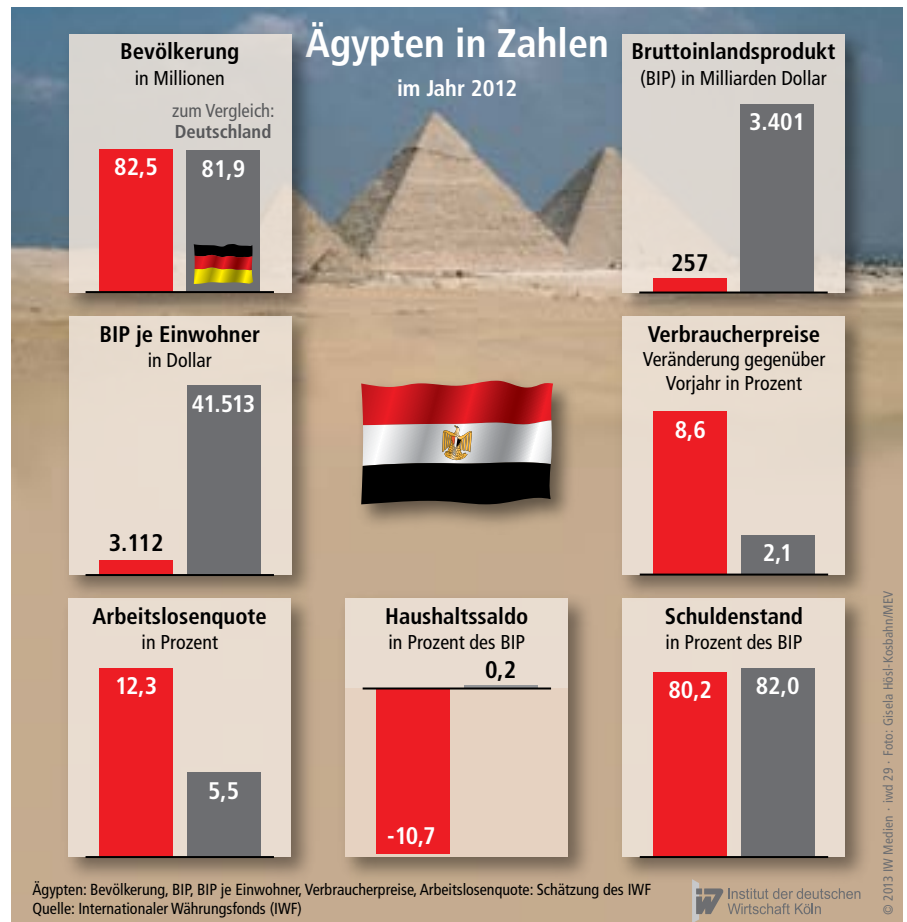
Nach dem jüngsten Militärputsch ist das ägyptische Volk tief gespalten. Auf der einen Seite stehen die Anhänger des geschassten Präsidenten Mohammed Mursi und der Muslimbruderschaft, auf der anderen die liberalen Kräfte. Beide werfen sich gegenseitig vor, dem Land den eigenen Willen aufzwingen zu wollen. Ägypten scheint derzeit unregierbar und am Rande eines Bürgerkriegs.

Die politische Unsicherheit in den vergangenen Jahren hat auch die Wirtschaft in eine tiefe Krise gestürzt. Das politische Klima im Land wirkt wie Gift auf ausländische Investoren. Und auch der Tourismus, eine wichtige Einnahmequelle für das Land, ist eingebrochen.

Das Wirtschaftswachstum ist von durchschnittlich rund 5 Prozent in den vergangenen zehn Jahren auf gerade mal 2 Prozent im Jahr 2012 zurückgegangen.

Zum Vergleich: In Ägypten leben ungefähr so viele Menschen wie in Deutschland. Allerdings beträgt das ägyptische Bruttoinlandsprodukt (BIP) lediglich 3.112 Dollar je Einwohner – das ist nicht mal ein Zehntel des deutschen Werts (Grafik).

Auf dem Arbeitsmarkt spitzt sich die Situation ebenfalls weiter zu: Mittlerweile ist jeder achte Ägypter ohne Job. Die Jugendarbeitslosigkeit



ist sogar noch höher. Auch die Ver- suche der Regierung Mursi, den aus- ufernden Staatshaushalt zu sanieren, sind fehlgeschlagen:

Die ägyptische Staatsverschuldung beträgt schon mehr als 80 Prozent der Wirtschaftsleistung, das Haushaltsdefizit lag im vergangenen Jahr bei nahezu 11 Prozent des BIP.

Wie es nach dem Sturz der Regie- rung weitergeht, ist vorerst unklar. Für die Übergangsregierung ist es derzeit das Wichtigste, einen Bürger- krieg zu verhindern und für poli- tische Stabilität zu sorgen, also bald Neuwahlen zu organisieren.

Um auch die wirtschaftliche Sta- bilität wiederherzustellen, muss die neu zu wählende Regierung Re- formen auf den Weg bringen, die das

Geschäftsklima dauerhaft verbes- sern. Die Staatsausgaben sollten umgeschichtet werden – weg von teuren Energiesubventionen hin zu Investitionen in Infrastruktur, Bil- dung und Gesundheitswesen.

Doch wer auch immer die neue Regierung stellt – ob sie das Land nach ihren Vorstellungen reformie- ren kann, ist unsicher. Denn nach wie vor hat das ägyptische Militär viel Macht: Die Generäle kontrollie- ren eine Vielzahl verschiedener Fir- men und blockieren alle Reformen, die ihnen nicht ins Kalkül passen.

Hilfe kommt von Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten, die Geldspritzen von ins- gesamt 8 Milliarden Dollar ange- kündigt haben.

Hype an den Hochschulen

Hochschulpakt. Weil die Bundesländer den dringend nötigen Ausbau der Hochschulen allein nicht stemmen können, engagiert sich auch der Bund. Zwar ist der Bundesbildungsministerin eine dauerhafte Finanzierung und Förderung der FHs und Unis untersagt. Doch es gibt eine Ausnahme: Gestattet sind zeitlich und thematisch begrenzte Projekte. Eines davon ist der Hochschulpakt, mit dem vor allem zusätzliche Studienplätze geschaffen werden sollen.

Bildung ist für viele das neue Statussymbol und der akademische Abschluss das i-Tüpfelchen auf der gelungenen Schul- und Studienkarriere. Seit 2007 strömen besonders viele junge Leute an die Hochschulen, was auch an den geburtenstarken und doppelten Abiturientenjahrgängen liegt. Die Aussetzung der Wehrpflicht hat den Studienhype zusätzlich angeheizt (Grafik):

Exakt 518.748 Erstsemester schrieben sich 2011 an einer deutschen Fachhochschule oder Uni ein – so viele wie noch nie.

Erstmals begann damit über die Hälfte eines Jahrgangs ein Studium.

Im Jahr 2012 ist die Zahl der Studienanfänger zwar auf 493.000 geschrumpft, doch dies lag vor allem daran, dass nicht ganz so viele doppelte Abiturientenjahrgänge die Gymnasien verließen wie im Jahr davor. Der Run auf die Hochschulen dürfte jedenfalls so schnell nicht abebben: Die hohe Nachfrage nach Studienplätzen wird noch mehr als ein Jahrzehnt anhalten. Bildungsforscher rechnen damit, dass sich die Zahl der Erstsemester erst 2025 wieder der 400.000er-Marke nähert.

Um den Ansturm zu bewältigen, haben Bund und Länder deshalb bereits 2006 den Hochschulpakt beschlossen – eine bis 2020 befristete Verwaltungsvereinbarung zur gemeinsamen Finanzierung zusätz-

licher Studienplätze. Nötig ist dieses Konstrukt, weil dem Bund aufgrund der Föderalismusreform eine dauerhafte Finanzierung der Hochschulen untersagt ist, die Bundesländer allein aber den Ausbau nicht schaffen.

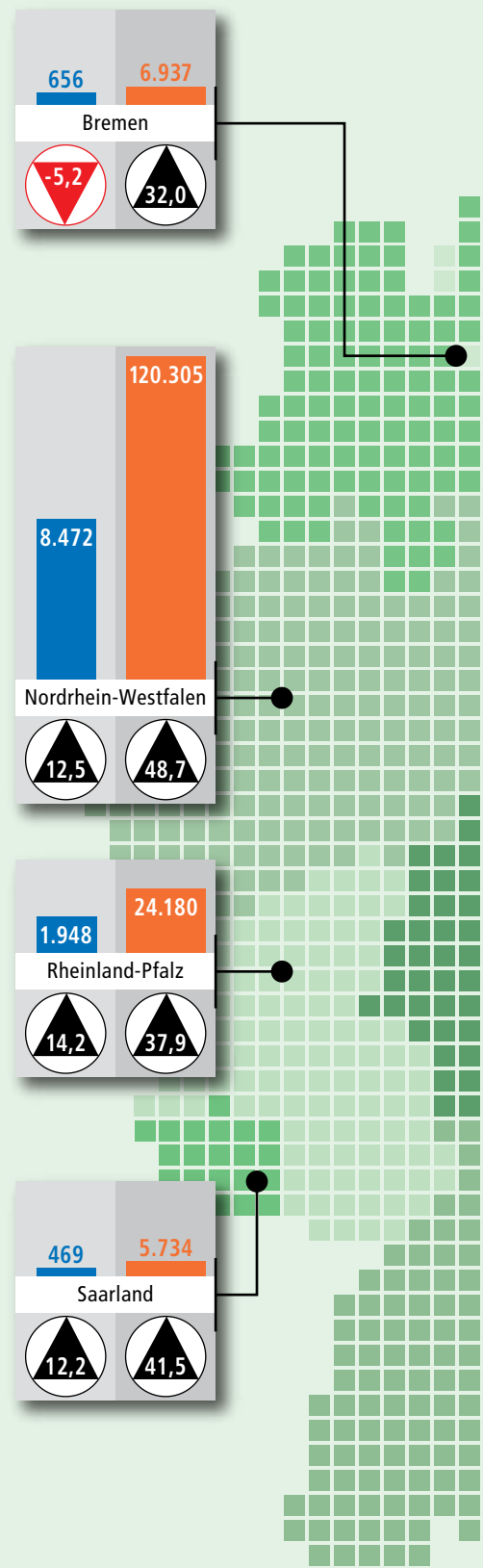
Für die erste Phase von 2007 bis 2010 stellte der Hochschulpakt Gelder für 91.000 zusätzliche Studienplätze bereit, wobei jeder Platz mit 22.000 Euro gefördert wurde. Tatsächlich schrieben sich zwischen 2007 und 2011 rund 340.000 zusätzliche Erstsemester ein, mehr als 35.000 allein in den fünf ostdeutschen Bundesländern (ohne Berlin).

Rund 60 Prozent der neuen Studienplätze entstanden an Fachhochschulen und auch etwa 60 Prozent der zusätzlichen Studienanfänger entschieden sich für diese Hochschulform.

In der Fächerwahl liegen die Ingenieurwissenschaften vorn: Mit einem Plus von fast 70 Prozent gegenüber dem Jahr 2005 wuchs die zusätzliche Studienanfängerzahl bei den Informatikern, Maschinenbauern und Elektrotechnikern am stärksten. Auch für die Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften konnten sich über 40 Prozent mehr junge Leute begeistern.

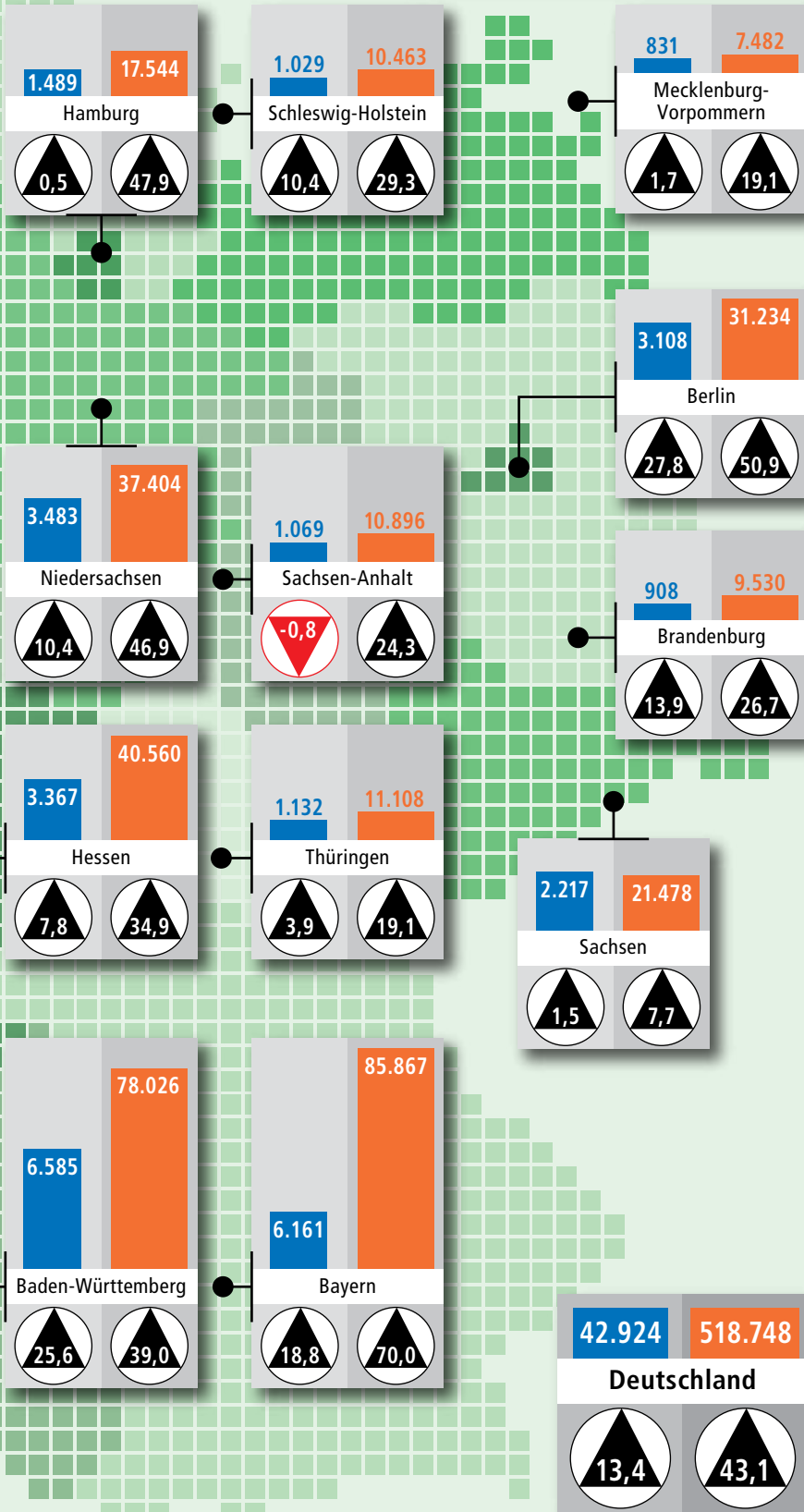
Die Zahl der Lehrenden an den Hochschulen konnte allerdings angesichts der Studentenschwemme nicht überall mithalten:

Viele neue Professoren in Berlin, viele Erstsemester in Bayern



Quelle: Gemeinsame Wissenschaftskonferenz

■ Anzahl der Professuren 2011
 ■ So viele Studenten nahmen 2011 ein Studium an einer Hochschule auf
 ▲ Veränderung gegenüber 2005 in Prozent



Bundesweit wuchs die Zahl der hauptberuflichen Professoren und Dozenten zwischen 2005 und 2011 von 141.000 auf rund 179.000 – also um 27 Prozent. Die Zahl der Erstsemester stieg in diesem Zeitraum dagegen um 43 Prozent.

In der zweiten Phase des Hochschulpakts, die bis 2015 läuft, werden 624.000 zusätzliche Studienplätze finanziert. Der Bund stellt damit für die beiden ersten Phasen 10 Milliarden Euro für den Studienplatzausbau zur Verfügung, die Länder aufgrund einiger Sonderregelungen für Ostdeutschland und die Stadtstaaten 9 Milliarden Euro.

Die Planungen für die dritte Programmphase, die von 2016 bis 2020 dauert, starten im kommenden Jahr. Spätestens dann wird man sich auch mit dem Thema der Masterstudienplätze auseinandersetzen müssen. Bislang wird bei der Finanzierung angenommen, dass jeder zweite Bachelorabsolvent die Hochschule verlässt, um zu arbeiten. Tatsächlich gilt dies aber nur für die FH-Bachelors. An den Universitäten entscheidet sich nur knapp jeder vierte Bachelor für den Schritt in die Praxis, die meisten schließen ein Masterstudium an.

Um die gemeinsame Finanzierungsverantwortung für den Hochschulausbau dauerhaft zu verankern, sollte das Kooperationsverbot von Bund und Ländern gelockert werden – dafür müsste allerdings die Verfassung geändert werden. Denkbar ist auch, dass sich der Finanzierungsbeitrag des Bundes künftig an der Zahl der Absolventen orientiert – dies würde die Hochschulen animieren, sich noch mehr für die Qualität in der Lehre zu engagieren und die Zahl der Studienabbrecher weiter zu verringern.

Bärendienst für Deutschland

Unternehmenssteuern. Die Oppositionsparteien SPD, Grüne und Linke haben in ihren Wahlprogrammen Steuererhöhungen angekündigt. Vor allem Besserverdiener und Vermögende sollen mehr zahlen. Tatsächlich aber träfe es vor allem Unternehmen und der Standort Deutschland würde erheblich an Attraktivität verlieren.

Von der Einkommenssteuer über die Körperschaftssteuer bis hin zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer – es gibt kaum eine Abgabe auf Gewinne und Vermögen, die nicht mindestens eine Oppositionspartei erhöhen will (vgl. iwD 8/2013). Erklärtes Ziel ist es, Einkommen und

Vermögen „gerechter“ zu verteilen. Die besteuerten Erträge sind aber oftmals Unternehmensgewinne und bei den Vermögen handelt es sich meist um Betriebsvermögen – sei es von Kapitalgesellschaften oder Personenunternehmen. Durch die Pläne der verschiedenen Parteien würden sich also die Steuerlasten für deutsche Unternehmen massiv erhöhen.

Das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) hat im Auftrag der Stiftung Familienunternehmen untersucht, wie stark die Belastungen je nach Parteienkonzept steigen würden und wie sich das auf die Lage Deutschlands im europäischen Wettbewerb auswirken würde.

Dabei unterscheidet das ZEW zwischen Kapitalgesellschaften und Personenunternehmen. Bei den erstgenannten wird zusätzlich noch zwischen der Steuerlast für die Unternehmen (Unternehmensebene) und der Gesamtbelastung für Betriebe und Gesellschafter (Gesamtebene) unterschieden (Grafik):

Auf der Gesamtebene wäre die Mehrbelastung für Kapitalgesellschaften bei den Linken am höchsten – die Steuerlast würde sich mit einem Anstieg von 127 Prozent mehr als verdoppeln.

Dagegen wirken die Pläne der Grünen mit einer zusätzlichen Steuerlast von 36 Prozent und die der SPD mit knapp 20 Prozent regelrecht bescheiden.

Bei Personenunternehmen kann nicht zwischen Unternehmen und Gesellschafter differenziert werden. Meistens handelt es sich dabei um mittelständische Unternehmen. Hier stiege die Steuerlast bei der SPD um 24 Prozent und bei den Grünen um 40 Prozent. Bei der Umsetzung der Steuerpläne der Linken würde sich die Last sogar verdoppeln.

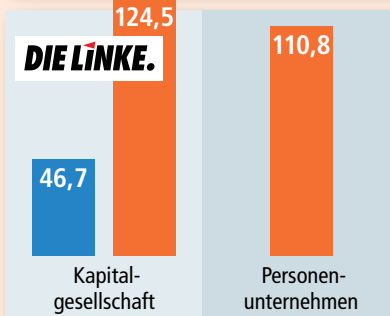
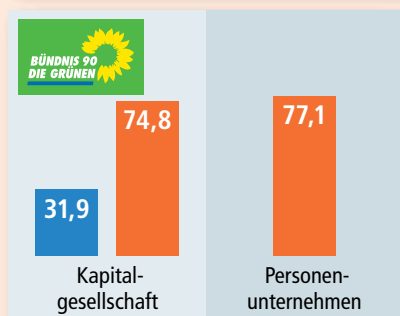
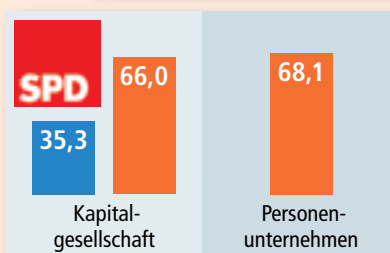
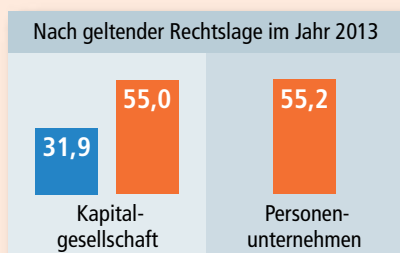
Im Vergleich mit den anderen europäischen Ländern hätten alle Vorschläge katastrophale Folgen für den Standort Deutschland. Aktuell liegen die deutschen Unternehmen bei der Belastung im oberen Mittelfeld der EU-Mitgliedsstaaten. Mit den Plänen der Opposition hätte die Bundesrepublik jedoch die zweifelhafte Ehre, in die Spitzengruppe aufzusteigen. Nur die Unternehmen in Frankreich und Spanien müssten dann ähnlich hohe Steuerbelastungen tragen.

Unternehmenssteuern in Deutschland

So hoch wäre die gesamte effektive Steuerbelastung eines Modellunternehmens für einen Zeitraum von zehn Jahren nach den Wahlprogrammen der einzelnen Parteien, in Millionen Euro


Betrachtet wurde ein repräsentatives Modellunternehmen, das im sechsten Jahr eine Bilanzsumme von 126,4 Millionen Euro und einen Gewinn von 4,1 Millionen Euro hat.

■ Unternehmensebene ■ Gesamtebene



Unternehmensebene: nur Unternehmen ohne Steuerbelastung des Gesellschafter; Gesamtebene: Steuerbelastung von Unternehmen und Gesellschafter, wenn im sechsten Jahr vom Gewinn 67,15 Prozent ausgeschüttet werden; Quellen: Stiftung Familienunternehmen, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung

Immobilienfirmen auf nachhaltigem Kurs

Corporate Social Responsibility. Wenn es um nachhaltiges Wirtschaften geht, gehören deutsche Immobilienunternehmen zur internationalen Spitze. Aber es gibt immer noch etwas zu verbessern. 

Corporate Social Responsibility (CSR) – das verantwortliche, nachhaltige Handeln von Unternehmen in sozialer und ökologischer Hinsicht – wird im Immobiliensektor immer wettbewerbsrelevanter. Denn Investoren und viele große Unternehmen, die Objekte mieten, halten selbst entsprechende Standards ein und möchten auch mit Immobilienfirmen zusammenarbeiten, die in Sachen CSR aktiv sind.

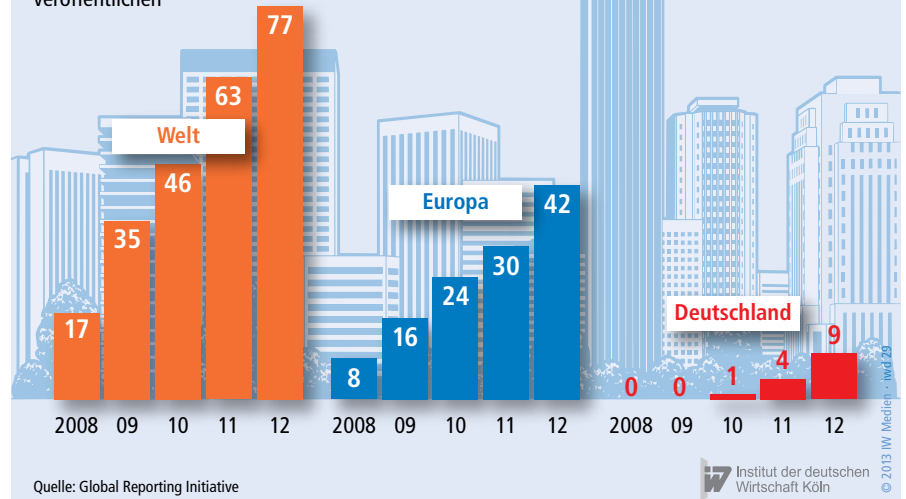
Nachweisen können diese Firmen das zum Beispiel, indem sie ihr Engagement mithilfe der Leitlinien der Global Reporting Initiative (GRI) dokumentieren (Kasten). Diese Chance nutzt die hiesige Immobilienbranche immer eifriger (Grafik):

Im Jahr 2012 legten neun Immobilienfirmen Nachhaltigkeitsberichte vor – damit machten sie europaweit gut 21 Prozent und weltweit nahezu 12 Prozent aller entsprechenden Immobilienunternehmen aus.

Trotzdem könnte die Zahl noch höher sein. Das zeigen die Daten des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, das gemeinsam mit der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg die 135 größten Immobilienunternehmen und -fonds in Deutschland unter die Lupe genommen hat. Demnach lassen sich lediglich 24 von ihnen als CSR-Unternehmen einstufen, von den insgesamt 68 Immobilien-AGs sogar nur vier.

Verantwortungsbewusste Immobilienunternehmen

Immobilienunternehmen, die Nachhaltigkeitsberichte nach den Standards der Global Reporting Initiative veröffentlichen



Global Reporting Initiative

Die in Amsterdam ansässige Non-Profit-Organisation Global Reporting Initiative (GRI) hat einen umfassenden Leitfaden zur Erstellung von Nachhaltigkeitsberichten entwickelt. In diesen Berichten müssen Unternehmen qualitative und quantitative Angaben zu ökonomischen, ökologischen und sozialen Aspekten ihrer Tätigkeit machen. Die aktuelle Version des GRI-Leitfadens listet 79 Leistungsindikatoren auf – etwa den Umfang der betrieb-

lichen sozialen Zuwendungen, die Menge der eingesetzten Materialien, den nach Primärenergiequellen aufgeschlüsselten Energieverbrauch sowie die Mitarbeiterfluktuation nach Altersgruppe, Geschlecht und Region. Je nachdem, wie groß die Zahl der ausgewiesenen Indikatoren ist, erreichen die Unternehmen verschiedene GRI-Klassen – von C für Einsteiger in Sachen Nachhaltigkeitsberichterstattung bis A für Best-Practice-Unternehmen.

Allerdings engagieren sich viele Unternehmen durchaus stark für die Gesellschaft, indem sie etwa Vereine und Hilfsorganisationen unterstützen – sie scheuen aber den Aufwand, einen Nachhaltigkeitsbericht zu veröffentlichen. Dabei sind die aktuellen GRI-Leitlinien flexibler als frühere Versionen und der Einstieg in die Berichterstattung ist leichter.

Andere Firmen begnügen sich dagegen nicht mit Nachhaltigkeitsberichten – zumal diese oft nicht die Qualität des Engagements nachwei-

sen. Ergänzend streben Immobilienunternehmen daher zunehmend Zertifizierungen im Gebäudebereich an (etwa für „Green Buildings“) oder legen Nachweise vor, dass ihre Lieferanten die Nachhaltigkeitsstandards einhalten.



aus IW-Trends
3/2013

Rosemarie Stibbe, Michael Voigtländer: Corporate Social Responsibility in der Immobilienbranche
www.iwkoeln.de/trends

Willkommen in Deutschland!

Mitarbeitersuche. Die Bundesrepublik zieht immer mehr internationale Fachkräfte an. Das liegt nicht zuletzt daran, dass viele Unternehmen ungewöhnliche Wege gehen, um freie Stellen mit Fachkräften aus dem Ausland zu besetzen – und viel Wert auf eine Willkommenskultur legen.

José M. ist Mechatroniker, 27 Jahre alt und kommt aus Sevilla. Bei seiner Ankunft in Frankfurt wird er bereits von einem Mitarbeiter seines neuen Arbeitgebers erwartet, der ihm bei Behördengängen und Wohnungssuche zur Seite steht.

So wie José M. kommen immer mehr Fachkräfte nach Deutschland – die Zuwanderungsdynamik ist hier größer als in jedem anderen Industrieland.

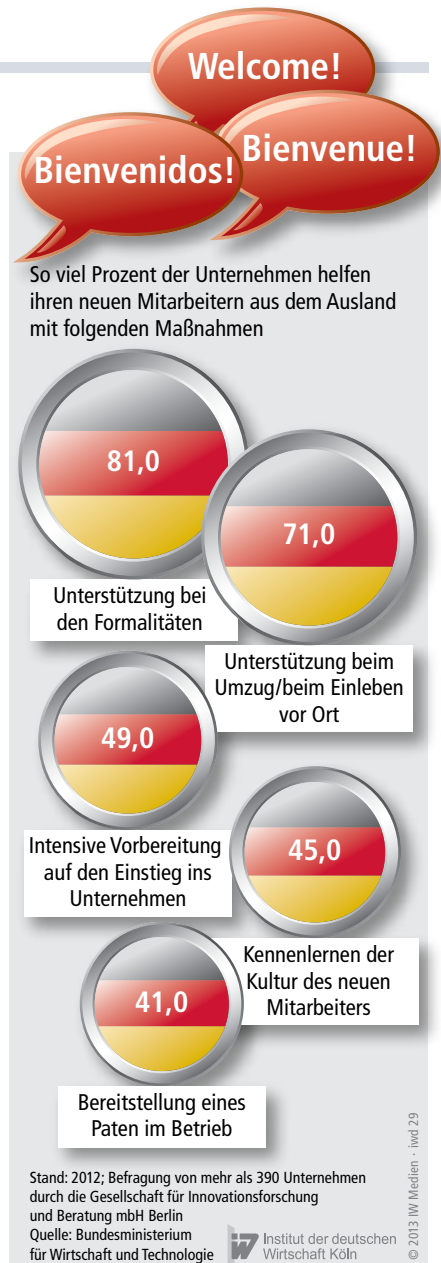
Laut einer Studie der OECD wanderten 2011 über 300.000 Menschen aus dem Ausland dauerhaft in die Bundesrepublik ein – und damit fast doppelt so viele wie 2010.

Viele Unternehmen haben die Zuwanderung als Chance erkannt, ihre Fachkräfteengpässe auszugleichen, und suchen deshalb europaweit nach neuen Mitarbeitern. Ein großer Teil der deutschen Firmen – 37 Prozent – setzt dabei auf persönliche Geschäftskontakte im Ausland, weitere 31 Prozent rekrutieren über Online-Jobbörsen, zeigt der Qualifizierungsmonitor des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie. Klassische Rekrutierungswege wie Personaldienstleister nutzen weniger als 10 Prozent der Firmen.

Hat eine Firma eine Fachkraft aus dem Ausland eingestellt, kümmert sie sich häufig auch um deren Integration (Grafik): Mehr als 80 Prozent der Unternehmen helfen bei der Erledigung von Formalitäten, etwa auf dem Einwohnermeldeamt.

Bereits vor dem Eintreffen in Deutschland informiert jedes zweite Unternehmen seine neuen ausländischen Mitarbeiter über bestimmte Regeln und Abläufe. Vor Ort stellen mehr als 40 Prozent dem Neuen einen Mentor zur Seite – erfahrene Kollegen, die die Neueinsteiger beruflich unter ihre Fittiche nehmen.

Um die Belegschaft auf die neuen Mitarbeiter vorzubereiten und eventuelle kulturelle Missverständnisse zu vermeiden, bietet knapp die Hälfte der Firmen Fortbildungen an.



Mehr als jeder zweite Betrieb berichtet, dass die Integration am Ende dann „ganz von alleine“ läuft. Allerdings wünschen sich die Unternehmen dabei mehr Unterstützung, vor allem durch ein größeres Förderangebot an Sprachkursen.

Mehr Informationen zur Rekrutierung aus dem Ausland gibt es unter: www.fachkraeftesichern.de

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln
Chefredakteur: Axel Rhein
Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)
Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Irina Berenfeld, Vanessa Dahm, Berit Schmiedendorf, Sara Schwedmann, Alexander Weber
Redaktionsassistentz: Ines Pelzer
Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen
Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iwd@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich
Bezugspreis: € 8,67/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer
Aboservice: Therese Hartmann, Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de
Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445
Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iwD wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.
Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

IW.KÖLN. WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.